

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg,  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen  
für die dreispaltigen Zeitzeile ober deren Raum 80 Z.  
Zeilungs-Preisliste Nr. 2802.

**Inhalt:** Aus dem Reichstage. — Die Gewerbegerichts-  
Novelle. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mah-  
rungen. — Verfassungen und sonstige Bewegung. —  
Bom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Subventionen zc. — Aus  
anderen Berufen. — Gewerbliche Nachschüsse und Arbeiter-  
versicherung. — Polizei und Gerichte. — Vergebliches. — Ein-  
gegangen. — Briefkasten. — Streikabschweifungen. —  
Central-Krankenkasse. — Centralverband der Maurer. — Anzeigen.

## Aus dem Reichstage.

Berlin, den 11. Januar.

Der Reichstag ist mit Wiederaufnahme seiner Arbeiten nach  
Wendigung der Weihnachtsferien am 8. d. M. in die erste  
Sitzung des Reichshaushalts-Etats eingetreten.  
Derselbe ist in Ausgäbe auf die Summe von M. 2 849 742 466  
festgestellt. Es dürfte für die Leser des „Grundstein“ von be-  
sonderem Interesse sein, etwas Näheres darüber zu erfahren,  
in welchem Umfange im Etat das

### Bauwesen

Da kommt in erster Linie der Spezial-Etat für das  
preussische Reichs-Militär-Kontingente und die  
in dessen Verwaltung übernommenen Kontingente anderer  
Bundesstaaten in Betracht.

Für das Garnison-Bauwesen sind — als fort-  
dauernde Ausgabe — M. 1 572 789 in Ansatz gebracht.  
Davon entfallen auf Besoldungen der Baubeamten  
M. 1 216 000. Der Rest verteilt sich auf verschiedene  
fachliche Ausgaben. Diese Beamten sind folgende: 29 Inten-  
danten- und Bauverwalter je M. 4 800—7 200 Gehalt; 87 Garnison-  
bauinspektoren je M. 3 800—5 700 Gehalt; 50 weitere Inspektoren  
als technische Hilfsarbeiter und zur Leitung einzelner besonders  
wichtiger Bauten je M. 3 800—5 700 Gehalt; 97 Garnison-  
Bauwarte je M. 1 500—3 800 Gehalt; 97 Garnison-Bauzeichner  
je M. 1 500—3 000 Gehalt.

Für das sächsische Garnison-Bauwesen sind M. 1 541 146  
in Ansatz gebracht, für das württembergische M. 906 009.

Einen hervorragenden Platz nimmt der Fonds für  
Festungsbauten mit 21 Millionen Mark, zu 6 Millionen  
Mark mehr als im Vorjahre, ein. Im Uebrigen handelt es  
sich um militärische Neubauten sowie Um- und Er-  
weiterungsbauten aller Art. Es sind 120 bisbetreffende  
Positionen aufgeführt mit einem Kostenaufwand von insgesammt  
etwa 40 Millionen Mark, für Magazinerhaltungs-  
bauten werden M. 1 388 700, für Garnisonbauten  
(Kasernen, Militärgefängnisse, Dienstwohnungen zc.) im preussischen  
Kontingente 24 Millionen Mark gefordert (gegen 20 Millionen  
Mark im Vorjahre). Neue Kasernen sollen gebaut werden in  
Berlin, Allenstein, Gumbinnen, Insterburg,  
Pillau, Stettin, Brandenburg a. d. S., Küstrin,  
Frankfurt a. d. O., Mag., Paderborn, Koblenz,  
Oldenburg, Albrechtshausen, Buchs, Danzig,  
Deutsch Eylau, Marienburg, Thorn, Darm-  
stadt, Mainz. In Hannover, Braunschweig und  
Oldenburg werden neue Garnisonkirchen errichtet.  
Für den Anschluß an Wasserleitungen und Kanalisations-  
anlagen sind insgesamt 71 Ortschaften 2 120 000 in Ansatz  
gebracht. Im Militär-Lagerwesen sind projektiert  
Neubauten in Berlin, Tilsit, Wriege, Paderborn,  
Koblenz, Göttingen, Darmstadt. Bei den Technischen  
Instituten der Artillerie ist, insbesondere in Spandau, die  
Erbauung von Wohnhäusern zur Einrichtung von  
Familienwohnungen für die Arbeiter dieser Institute  
vorgesehen. In Spandau sollen 500, in Tilsit 100  
solcher Wohnungen geschaffen werden. Für Spandau wird die  
Forderung wie folgt begründet:

„Die Mietpreise für Arbeiterwohnungen  
sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Sie stehen in  
keinem angemessenen Verhältnis mehr zu  
dem Einkommen der Arbeiter. Daraus ergibt sich  
eine wirtschaftliche Benachteiligung derselben,  
die um so schwerer ins Gewicht fällt, als gleichzeitig die an

für sich brüdenbe Steuerlast in Spandau von Jahr zu  
Jahr Zuschläge erfährt. Auf eine Besserung dieser Verhältnisse  
ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Der Rothrand  
bedarf dringend der Abhilfe.“

Die Arbeiterwohnhäuser sollen zur Herbeiführung an-  
gemessener Wohnungspreise im Kasernenstil erbaut und mit  
Küchenschrank, Spielplätzen usw. ausgestattet werden.

Als Bauplatz ist freierendes Festungsgelände vorgelesen.  
Unsere Leser thun gut, sich diese amtliche Ausführung zu  
merken für den Fall, daß, wenn Arbeiter unter Hinweis  
auf die gestiegenen Mietpreise höhere Erhöhung verlangen,  
man ihnen „unberechtigter Forderungen“, „Be-  
gehlichkeiten“, „Unverschämtheit“ vorwirft.

Im Uebrigem handelt es sich hauptsächlich um Ersatzbauten  
nicht fortkontingenter Art, welche mit der Entseignung von Meh-  
zusammenhängen. Neue Kasernen werden in Mü-  
hausen und Bismarck gebaut.

Bei dem sächsischen Kontingente sind hervorzuheben:  
Eine erweiterte Infanteriekaserne und ein neues Intendantur-  
gebäude in Dresden; eine neue Garnisonkirche in Leipzig;  
neue Garnisonlagarethe in Pirna und in Zittau.

Im württembergischen Etat ist der Bau neuer  
Kasernen in Ulm- und in Ludwigsburg vorgelesen.

Im Spezialetat der Reichs-, Post- und Tele-  
graphenverwaltung finden sich 45 Titel, welche Neu-,  
Um- und Erweiterungsbauten betreffen, für die etwa  
18 Millionen Mark in Ansatz kommen (gegen 18 Millionen  
Mark im Vorjahre).

Diese Bauten verteilen sich auf Berlin, Frank-  
furt a. M. und Frankfurt a. d. O., Bremen, Kiel,  
Königsberg, Essen, Dresden, Bremerhaven,  
Hannover, Mannheim, Breslau, Leipzig,  
Barmen, Chemnitz, Bielefeld, Düsseldorf,  
Erfurt, Hamburg, Offenbach und eine Reihe anderer  
Städte. Für Hamburg handelt es sich um die Herstellung  
eines neuen Dienstgebäudes beim künftigen Hauptbahnhof. Für  
Berlin kommen sechs Postneubauten in Betracht, darunter  
ein neues Dienstgebäude in der Lindenstraße, für dessen Bau-  
platz M. 891 900 gefordert werden.

Für Errichtung und zum Ankauf von Wohngebäuden  
für Unterbeamte und geringer besoldete Beamte an  
solchen Orten, an denen ein erheblicher Wohnungsmangel herrscht,  
sind M. 900 000 (250 000 mehr als im Vorjahre) angesetzt. Es  
sollen 224 Wohnungen geschaffen werden.

Auch der Marine-Verwaltungs-Etat weist eine  
Reihe von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten auf. So u. A.  
Erweiterung der Kieler Werft durch den Bau eines neuen  
Ausrüstungsbassin; Verlegung von Kasernenanlagen von Kiel  
nach der Mielter Bucht; Bau einer Kasernenanlage für 1200  
Mann an der Mielter Bucht; Bau einer Offizierspeiseanstalt in  
Wilhelmshaven; Bau von Werkstätten auf der Werft zu Danzig,  
zu Kiel und zu Wilhelmshaven.

Im Etat für das Reichsamt des Innern findet  
sich die Summe von 4 Millionen zur Förderung der Herstellung  
geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und ge-  
ring besoldete Beamte in den Betrieben und Ver-  
waltungen des Reichs durch Gewährung von Dar-  
lehen an Private und gemeinnützige Unter-  
nehmungen (Bauvereine, Baugenossenschaften, Baugesell-  
schaften u. A.) sowie zum Erwerbe geeigneten Baugeländes zur  
Herstellung solcher Wohnungen.

Diesem Kapitel ist eine Denkschrift beigegeben, worin  
mitgeteilt wird, welchen Baugenossenschaften im Jahre 1891  
Baugelder in der Höhe von insgesamt 2 Millionen Mark  
gewährt worden sind. Es liegen dringende Anträge von einer  
großen Zahl weiterer Baugenossenschaften auf Gewährung von  
Darlehen vor; weshalb das Reichsamt es geboten erachtet, für  
das Rechnungsjahr 1902 die Summe von 4 Millionen zur Ver-  
fügung zu stellen. Weiter sagt die Denkschrift:

„Die überwiegende Mehrzahl der Darlehensgesuche stammt  
aus Orten, in welchen nicht nur eine brückende Wohnungs-  
not besteht, sondern in denen diese auch zu einem nicht  
unwesentlichen Teile gerade durch die Notwendigkeit der  
Unterbringung zahlreicher Arbeiter oder gering besoldeter  
Beamten aus den verschiedenen Betrieben und Verwaltungen  
des Reichs hervorgerufen oder befördert worden ist. Ergiebt  
sich schon aus diesem Umstande für die Reichsverwaltung die  
unabweisbare Pflicht, hier Hülfe einzutreten, so erscheint ein  
solches Vorgehen andererseits auch aus einem weiteren, gerade  
in neuester Zeit sich zwingend geltend machenden Grunde geboten.  
Wie allseitig anerkannt, bietet nicht allein bei den neu ins  
Leben tretenden, sondern auch bei den schon seit längerem Jahren  
bestehenden Genossenschaften die Frage genügender und geeigneter  
Kreditbeschaffung besondere Schwierigkeiten dar. Die Lösung  
dieser Aufgabe ist den Genossenschaften bisher vornehmlich durch die  
Förderung erleichtert worden, die dieselben von Seiten der Landes-  
versicherungsanstalten erfahren haben und noch erfahren. Bei der  
stetig fortschreitenden Erkenntnis, daß dem Wohnungsbedürfnisse  
der minderbemittelten Klassen, namentlich der industriereichen oder  
der industriellen Entwicklung neu sich erschließenden Gegenden  
durch die private Bauthätigkeit nicht in ausreichendem Maße  
Genüge geschaffen werden kann, haben sich indes im Laufe der  
letzten Jahre so zahlreiche gemeinnützige Baugenossenschaften  
gebildet, daß die Landesversicherungsanstalten sich außer Stande  
sehen, ihren Ansprüchen auf Gewährung von Baudarlehen ge-  
recht zu werden. Am aber diese neu gegründeten Bauvereine,  
deren sachgemäße Organisation und Kreditwürdigkeit sie an-  
erkennen müssen, nicht völlig im Stiche zu lassen, haben verschiedene  
Landesversicherungsanstalten den Beschluß gefaßt, denselben  
Genossenschaften, welche zum überwiegenden oder auch nur zu  
einem erheblichen Teile aus Arbeitern und gering besoldeten  
Beamten in reichsökonomischen Betrieben bestehen, Darlehen für  
die Folge überhaupt nicht mehr zu bewilligen, sondern dieselben  
an die zur Verfechtung des Wohnungsbedürfnisses dieser  
Personen in erster Reihe verpflichtete Reichsverwaltung zu ver-  
weisen. Mit diesem Umstande wird für die Folge gerechnet  
werden müssen und es wird sich daher bei der Reichsverwaltung der  
Ihre als Arbeitgeberin undbreitbar zufallenden Obliegenheit,  
für die geeignete wohnliche Unterbringung ihrer Angestellten  
Sorge zu tragen, nicht länger entziehen dürfen.“

### Die Etatsdebatte

nähm der Sitzungen in Anspruch. Der Staatssekretär des Reichs-  
schatzamtes, Herr v. Tscheliemann, gab eine Uebersicht, betr.  
die Reichsfinanzen und die wirtschaftliche Lage.  
Er beklagte die Ungunst der Finanzen und der wirtschaftlichen  
Verhältnisse. Doch ist das nach seiner Auffassung eine „vorüber-  
gehende Erscheinung“. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit  
müsse die beschleunigte Ausführung öffentlicher  
Bauten dienen, wie sie bereits von einer Anzahl Ver-  
waltungen veranlaßt worden sei. Weiter merkt man davon  
noch herzlich wenig! Uebrigens berücknete der Regierungs-  
bevollmächtigte die Notwendigkeit, auf eine Einnahme-  
quelle zu sinnen, und dabei dürften jedenfalls Pfeffer  
und Tabak in erster Reihe in Betracht kommen!

Aus dem Verlauf der Diskussion ist hervorzuheben, daß  
die konservativen Redner sich unbedingt für die Ver-  
mehrung der indirekten Steuern aussprachen.  
Herr v. Karboreff bemerkte, daß das Gesetz zum Schutze  
der Arbeitswilligen nicht zu Stande gekommen und  
von der Regierung Verzicht auf dasselbe geleistet sei.

In längerer Rede ging Herr sozialdemokratischer Abgeordneter  
Südekum auf die Ursachen und den Verlauf der wirtschaftlichen  
Krise ein. Er erhob den begründeten Vorwurf, daß  
Reich und Staat sich bisher der Arbeitslosigkeit gegenüber fast  
überall völlig passiv verhalten haben, sowie daß fast  
überall den Arbeitern durch politische Chikanen die  
Ausübung des Koalitionsrechtes erschwert wird.  
(Streikpolizeigesetz, Anwendung des Vereins- und Versammlungs-  
gesetzes auf die Koalitionen zc.)



Der Referent faßt das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen: Es ist den Arbeitern gelungen, in neun Punkten beabsichtigte Verschlechterungen des Vertrages zu verhindern und in drei Punkten Verbesserungen durchzusetzen, so daß also der Vertrag im Ganzen genommen eine Verbesserung erfahren hat. Die Klausel, welche die tägliche Arbeitsleistung festsetzt, habe sich als eine Zehlforderung erwiesen, was schon daraus hervorgeht, daß sie während des ganzen Jahres nicht einmal in Anwendung gekommen ist. Sie werde auch ferner bedeutungslos bleiben, und wohl später aus dem Vertrage verschwinden. Die Festsetzungen, welche man in den Streifen der Arbeiter an diese Klausel knüpfte, hätten sich als grundlos herausgestellt. — Während in verschiedenen anderen Verufen bestehende Verträge seitens der Unternehmer nicht erneuert, ja sogar gebrochen worden sind, sei es dem Verbands der Maurer gelungen, einen Vertrag im Wesentlichen auf der alten Grundlage, ohne Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erneuern. Es sei das eine Folge der guten Organisation, die sich der Unternehmer gegenüber als vollkommen vertragsfähig erwiesen und gezeigt habe, daß sie die eingegangenen Verpflichtungen auch halten könne. Unter solchen Umständen hätten es die Gegner des Vertrages unter der Führung von Beschäftigten nicht gewagt, das Vertragsverhältnis zu verschlechtern und sich dadurch als Friedensstörer hinzustellen. — Während sonst die Zeiten der Krise stets Lohnherabsetzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen brachten, habe der Verband der Maurer jetzt ein Jahr der Stabilität im Arbeitsverhältnis vor sich, und er werde, wenn die Mitglieder der Organisation treu bleiben, auch ohne Verschlechterung über die gegenwärtige Krise hinwegkommen.

Dem Bericht Bierkämmerer folgte eine längere Aussprache, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligten. Gegen den erneuten Abschluß des Vertrages selbst wurden keine Einwendungen gemacht. Soweit die Redner Ausstellungen an den Vertragsbedingungen machten, bezogen sich dieselben nur darauf, daß während zwei Wintermonaten durch den neuen Vertrag die fünfjährige Arbeitszeit festgesetzt und in derselben Zeit die Wesperrampe abgefahren wird. Schließlich gelangte mit allen gegen sechs Stimmen eine Resolution zur Annahme, in der sich die Generalversammlung mit der Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr unter den von der Arbeitgeber-Kommission vereinbarten Bedingungen einverstanden erklärt. — Ferner beschloß die Versammlung, einem Wunsch der Unternehmer, wonach die Neueinteilung der Arbeitszeit schon am 15. Januar in Kraft treten soll, statzuzugeben unter der Voraussetzung, daß in den Monaten, um zu 10 Uhr Feierabend ist, eine Wesperrampe gewährt wird.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden vertagt.

Der Zweigverein Augsburg hielt am 15. Dezember im „Wittelsbacher Hof“ eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab, mit der Tagesordnung: „Was haben die Augsburger Maurer insofern ihrer Interessiertheit an der Organisation von der Zukunft zu erwarten?“ und „Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit.“ Referent, Kollege Puh-München, führte aus, daß heute die Arbeitslosigkeit Dimensionen angenommen habe, die die besitzende Klasse gar nicht glauben kann. Daß aber alle arbeitlosen Brüder und Schwestern mit Not und Elend zu kämpfen haben, beweist die Gegenwart, trotzdem wir wissen, daß die Erde durch den Arbeitsmann sowohl Nahrung und Kleidung erzeugt, um nicht hungern und frieren zu brauchen. Kollege Puh weiß noch, daß alle diese Ergebnisse nicht der Masse des Volkes, sondern der besitzenden Klasse zu Gute kommen, die heute die ganze Produktion in der Hand hat. Altes und Kartelle, Alles, was heute zum Reiche des Kapitalismus gehört, haben in den letzten Jahren ihre Millionen um einige Hundert vermehrt. Trotz der Prosperität und des Wohlstandes der Einzelnen beweist die Statistik von 1898—1899, daß in den Kleingewerben, besonders im Schneidern, Schuhmachern, Fädelern und Kaufmannsgewerbe, die Konturpe bedeutend in die Höhe stiegen. Wir sehen also trotz der guten Prosperität den Untergang der Kleingewerbe. Die Kosten der bayerischen Armenpflege haben sich der Schulden und Reformkosten im Jahre 1897—1898 bedeutend vermehrt. Die Armenpflege aber hat auch durch ihre besorgenen Wirkungen auf das Wohlrecht durchaus etwas Entehrendes, und es ist darum kein Wunder, daß, wie sich aus den Gesamtziffern ergibt, die Zahl der Verarmten erheblich gemindert ist, trotzdem auch seitens der Vermögenden auf jene Wohlthat immer mehr verzichtet wird. Durch die vielen Bankrotte, die Konturpe zu vieler Geschäfte und die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden hat die niedere Volksklasse sehr viel zu leiden; die besitzende Klasse jedoch will alle Lasten auf die untere Volkschicht abwälzen. Wie notwendig in der Gegenwart eine stramme Organisation ist, um die Löhne aufrecht zu erhalten, beweisen uns Leipzig, Berlin und andere Großstädte, woselbst unsere Kollegen auch jetzt im Stande sind, die Position aufrecht zu erhalten, und zwar nur durch ihre feste Organisation, da die Unternehmer die Verträge auf ein Jahr weiter abgeschlossen haben. Die Kollegen in diesen Städten haben aber in den letzten Jahren nicht allein die Löhne und die Arbeitszeit verbessert, sondern auch dafür gesorgt, die Ortskrankenkassen in ihre Hände zu bekommen; welche Bedeutung dieses hat, beweist, daß überall der örtliche Tagelohn sowie die Krankegenade erhöht wurden; ebenso stiegen die Unfall- und Invalidenrenten. Kollege Puh führte einige Beispiele an, wie es die Vertrauensleute machen, um die Renten der Verunglückten zu kürzen. Bei diesen Versicherungen ist es Aufgabe der Arbeitervertreter, dafür zu sorgen, daß die Pläne der Verträge durchkreuzt werden. Gegen aber die Vertreter der Arbeiter Hand in Hand mit dem Unternehmer, so liegt es klar auf der Hand, daß im Schiedsgericht die Urteile zum Schaden des Verunglückten abgegeben werden. Da aber in Schwaben und Neuburg die Arbeiterorganisationen, besonders die der Maurer, überhaupt nicht in Frage kommen, so ist es leicht erklärlich, daß die organisierten Kollegen keinen Vertreter im Schiedsgericht haben. In Augsburg ist die Ortskrankenkasse I. der Bauhandwerker vollständig in Händen der Parliere und Arbeiter, die von den Unternehmern zur Wahl als Delegierte und Vertreter der Klasse vorgeschlagen wurden. Welche Zustände dadurch gerechtfertigt werden, zeigt so recht folgendes: Der Baumeister Dietmaier, Vorstand, Kassierer und Rentant, wurde seitens des Reichsrates Wacker befragt, ob es nicht

notwendig wäre, den örtlichen Tagelohn von 2 auf 2 1/2 zu erhöhen. Die Generalversammlung der Arbeiter mit dem Gesamtschuß erklärten, daß die Wacker mit dem örtlichen Tagelohn zufrieden seien. Dieser Bescheid wurde dem Reichsrath Wacker zugewandt. Ein Beweis dafür, wie viel sozialpolitische Einflüsse die Herren Vertreter und der Ausschuß haben. Die Kaufleute haben die Kranken- Kassen der Generalversammlungen, Vertreter den örtlichen Tagelohn auf 2 1/2 erhöht, so wäre damit auch das Krankengeld von 2 20 auf 2 250 und ebenso die Invaliden- und Unfallrenten gestiegen. — Trotz des Beschlusses der Generalversammlung, den örtlichen Tagelohn nicht zu erhöhen, ließ sich Reichsrath Wacker nicht abfinden, noch einmal an die Generalversammlung zu appellieren, den Tagelohn zu erhöhen. Die letzte Generalversammlung bewilligte dann 2 20, auch mit diesem Beschluß will sich Reichsrath Wacker nicht zufrieden geben, da er glaubt, daß der Durchschnittslohn ein höherer ist. Der Durchschnittslohn der Augsburger Maurer ist 36—37 s pro Stunde. Daß der örtliche Tagelohn erhöht wird, ist in Zukunft Aufgabe der Organisation, die dafür zu sorgen hat, daß auch organisierte Kollegen die Kasse in ihre Hände bekommen. Vor allen Dingen scheint in der Krankenkasse I (Bauhandwerker) ein sehr unangebrachter Versuch zu herrschen, der dem Krankentafelgesetz nicht entspricht. Jede Vertreterwahl muß mindestens acht Tage vor der Wahl in einem Amtes oder einem anderen Blatte ausgeschrieben sein; daß dieses nicht geschieht, ist beweis, daß kein einziger Bauarbeiter etwas davon wußte, wann die Wahl stattfinden sollte; daß alle Vertreter auf den Arbeitsplätzen gewählt wurden, nachdem zuerst vom Meister, Parliere oder Vorarbeiter Vor schläge gemacht worden waren und daß, wie es scheint, die Wahl nur von Parlieren, Vorarbeitern und einigen alten Reuten vorgenommen wurde; die übrigen wußten überhaupt nichts von der Wahl. Daß ein solcher Wahlakt dem Gesetz nicht entspricht und anfechtbar ist, liegt klar auf der Hand. An den Bauarbeitern, besonders an unfernen organisierten Kollegen, liegt es, jetzt keine Stunde zu veräumen, so zu sehen, daß diese Kasse in die Hände der organisierten Arbeiter kommt. Ist das gelungen, so ist der Schritt nicht weit, auch die Verwaltung in die Hand zu bekommen. Die Verwaltungsmittel wählen Vertreter in's Schiedsgericht, Landesversicherung usw., selbstverständlich werden solche Kollegen als Vertreter gewählt, die auch dazu die nötigen Sozialgesetze kennen. Ihre weitere Aufgabe wird sein, auch in Zukunft in der Sozialgesetzgebung mitzuwirken; andererseits ist es aber Pflicht jedes organisierten Kollegen zu agitieren. Gerade die wirtschaftliche Depression ist die passenste Gelegenheit, die Kollegen aufzuklären, um uns in wirtschaftlicher Prosperität besseren Lohn und Arbeitszeit erringen zu können. Um auch in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges geschützt zu sein, ist es notwendig, auch die Beiträge richtig zu zahlen. Vielen südbayerischen Kollegen sind die Beiträge jetzt zu hoch, aber sie müssen unbedingt bezahlt werden, um unsere Position aufrecht zu erhalten. Die Beiträge sind aber auch nicht zu hoch, sondern noch zu niedrig. Würden wir Beiträge bezahlen wie Amerika und England, dann wäre es uns gegönnt, das Unternehmertum weiter auszubauen und die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung einzuführen. Nebenher fordert die Maurer auf, sich solidarisch und kollegial zusammenzuschließen, denn die großen Stürme, welche schon an der Arbeiterschaft vorübergegangen sind, werden sich sonst desto stärker wiederholen. Geoger Weisall löhnte den Redner.

Die „Freie Vereinigung der Maurer“ in Brannschweig hielt am 7. Januar eine Generalversammlung mit dem als einzigen Punkt der Tagesordnung vom Vorstand gestellten Antrag: „Uebertritt zum Zentralverband.“ Kollege Obermeier berührte nochmals in kurzen Zügen die Gründe, welche zu diesem Schritte Anlaß gaben und ermahnte die Kollegen, dem Antrage ihre Zustimmung zu geben; er hat auch zu gleicher Zeit, vor allem die älteren Kollegen, nun auch in Zukunft nicht zu ermahnen in der Tätigkeit für die Organisation, da so mit einem eventuellen Uebertritt nicht die Stimmung, sondern so zu sagen nur das Fleisch gewechselt werde. In der Diskussion wählten einige Kollegen vorerst einen Bericht von der Konferenz, gehen auch teilweise auf Einzelheiten derselben ein, werden aber durch einen Geschäftsordnungsantrag an weiteren Ausführungen verhindert. Kollege Obermeier giebt in Kürze einen Bericht von der Konferenz. In der darauf erfolgten Abstimmung waren von 248 abgegebenen Stimmen 198 für den Uebertritt zum Verband und 50 dagegen. Auf Antrag des Kollegen Steinmetz werden die Vereinsstatuten der nummerigen Filiale des Verbandes übergeben. — Kollege Bömelburg widmet der eben vollzogenen Abstimmung erste Worte, welche ausklängen in der Lösung: „Vorwärts, für die Lösung der sozialen Frage!“ In „Gewerkschaftliches“ werden mit großer Majorität die Kollegen Mühlke, Baumann und Schulze als Kandidaten zum Innungsschiedsgericht wird vorläufig abgelehnt. Der bisherige Vorstand wird, bis zur nächsten Versammlung seine Funktionen weiter versehen. Zum Schluß widmen die Kollegen Prieler und Obermeier der Entlassungsfahrt der „Christlichen“ einige Worte und ermahnen die Kollegen, in ihrer Agitation gegen jene um so ruhiger und bestimmter vorzugehen.

Am 29. Dezember hielt der Zweigverein Dornhausen seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Kollege Müller referierte über: „Zweck und Nutzen der Organisation“ und über den Individualismus vieler Kollegen hier am Orte. In zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vortragen, welche von den Revisoren und der Versammlung für gut befunden wurde. Sodann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. In „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten geregelt und dann die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Dittbach hielt am 4. d. Mts. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Vorstand Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Es wurde u. A. angeführt, daß die Organisation am Orte im Großen und Ganzen etwas zurückgegangen ist, welches hauptsächlich auf die Klauheit der einzelnen Kollegen und auf den verlorengegangenen Streik im Jahre 1900 zurückzuführen ist. Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Hausagitation, die in nächster Zeit vorgenommen werden soll, um auf

diese Weise dem Verbands wieder Mitglieder zuzuführen. Der Vorstand berichtete, daß die nötigen Vorbereitungen schon gemacht sind und forderte zu reger Beteiligung an der Hausagitation auf. Hieran schloß sich als zweiter Punkt „Neuwahl des Vorstandes“. In „Verschiedenes“ wurde der Antrag angenommen, daß verlorene Wertpapiere dem vollen Werte nach zu ersetzen sind. Nachdem mehrere Kollegen aufgefordert hatten, für besseren Besuch der Versammlungen zu sorgen und unsere Ideen in immer weitere Kreise zu tragen, so daß der Zweigverein im Stande ist, der im Frühjahr drohenden Lohnreduktion mit aller Energie entgegen zu treten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Sonntag, den 5. d. M., fand im Geln im Strumpfchen Lokale die Generalversammlung des Zweigvereins statt. Trotz der reichhaltigen Tagesordnung war dieselbe sehr schlecht besucht. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Revisoren lasen dieselbe in bester Ordnung und wurde daher dem Kassierer Dersorge ertheilt. Der alte Vorstand wollte gerne auch mal anderen Kollegen die Leitung übertragen, aber die Kollegen, die sonst immer Alles besser machen wollten, lehnten ab, als ihnen ein Amt Anderes übrig, als die Leitung wieder beizubehalten. Auf den Vauten des Unternehmers Goldbahn in Gschfurt, Wesselschacht bei Rarthum, ist ein Kollege gemäßigter worden. Derselbe hatte den feineren Bericht der Staatsämter vom vorigen Jahre erstatteten Bericht der Staatsämter für die Anzeigebüro. Es führte ein Arbeiter circa 8 m ab. — Eduyvorrichtungen und dergl. fehlten. Den Abgestürzten ließ man fünf Stunden in der Baubude ohne Hilfe liegen, trotzdem er schwere Verletzungen davongetragen hatte. Der gemäßigteste Kollege ist Mitglied der Bauarbeiter-Schutzkommission. Die Versammlung beschloß, daß der gemäßigteste Kollege unterfüllungsbezeichnet sei. Der Vorstand wird beauftragt, das Weitere zu veranstalten. Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß einige Kollegen von einem Unternehmer, der selber nur Arbeiter ist, auf das Schmalste betrogen worden sind. Da aber von dem Unternehmer im Wege der Zivilklage doch nichts zu erhalten ist, so werden die Kollegen aufmerksam gemacht, daß sie Anzeige bei der Behörde erstatten können. Vom Bauvorstande war Kollege Julius Koch-Magdeburg anwesend. Derselbe sprach noch ein kräftiges Schlusswort, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Am 7. d. M. fand in Frankfurt a. d. O. die erste Versammlung in diesem Jahre statt, in welcher den Kollegen mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer den Lohn um 2 bis 2 1/2 s pro Stunde gesenkt haben. Kollege Schulz legte klar, wie notwendig es ist, daß die Kollegen mit aller Macht daran arbeiten, die dem Verbands fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit der erlangte Lohn auf's Neueste verteidigt werden könne. Es wird ja nur in manchem Kopfe dämmern welche vor zwei Jahren als Arbeitslose stellten. Gerren ihre Dienste zur Verfügung stellen, anstatt der Organisation, welche gemäß war, den Lohn zu heben. Heute, bei den stets steigenden Preisen, der notwendigen Lebensmittel, erhalten sie dafür den Dank im Gehalt der Lohnkürzung. Der allgemeinen Lohnherabsetzung hat sich auch die Berliner Firma Hamlo'sche Erben, welche den größten Bau am Orte ausführen, angeschlossen. Es wurde der Wunsch geäußert, daß der Zug, welcher im vorigen Jahre ein so großer war, in diesem Jahre fern bleiben möge, damit der Lohn nicht noch mehr herabgesetzt werde. Wie Kollegen, welche sich wieder Frankfurt a. d. O. als Arbeitsort ausgesprochen haben, denken an den letzten großen Kampf, welchen die Frankfurter Maurer leidet, erloschen gefühlt haben. Weidet in diesem Jahre Frankfurt a. d. O., wenn dem rücksichtslosen Unternehmertum nicht alle Thüren geöffnet werden sollen; nehmt Mitleid und bleibt fern. Beim zweiten Punkt wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen.

Aus Friedrichsberg erhalten wir folgende Wichtigung: In Nummer 62 des „Grundstein“ vom v. J. soll es in dem Versammlungsbericht des Zweigvereins Friedrichsberg von Seite 19 bis 23 heißen: Derselbe beschuldigte die Berliner Verbandsleitung in unangebrachter Weise. Zugleich ging aus seinen Ausführungen gegen die Hausagitation hervor, daß er hierfür nicht genug Verständnis besaß.

Der Zweigverein Gera hielt am 5. d. M. eine Generalversammlung im „Gasthaus zum Adler“ ab. Die Abrechnung des 4. Quartals wurde für richtig befunden und dem Kassierer Dersorge ertheilt. Nachdem der Vorsitzende seinen Jahresbericht erstattet, kam die Angelegenheit über die Erhöhung der Kartellbeiträge zur Verhandlung und es wurde nach sehr lebhafter Debatte folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung der Maurer beschließt, den Vorstand resp. die Kartellvertreter zu beauftragen, dem Kartell gegenüber zu erklären, daß die Maurer der Zahlstelle Gera infolge der schlechten Konjunktur nicht im Stande sind, einer Erhöhung der Beiträge zuzustimmen. — Die auf der Tagesordnung vorgesehene Wahl des Gesamtvorstandes kam nicht zu Stande, und es wurde hierauf beschlossen, die Wahl des Vorstandes zu vertagen und in einer späteren Versammlung vorzunehmen, in welcher der Bauvorstand, Kollege Jakob oder dessen Stellvertreter anwesend sei, um die Wahl zu leiten. — Nachdem man den Kollegen Gleichschmidt, welcher das 60. Lebensjahr erreicht und der Organisation zehn Jahre angehört, zum Ehrenmitglied ernannt und der Vorsitzende noch ein Dankschreiben des Kollegen Michaelis für die seiner Familie gewährte Unterstützung während seiner Krankheit durch Unfall auf dem Theaterbau vorlesen, fanden noch verschiedene andere Berufsangelegenheiten ihre Erwiderung.

Am 1. Januar hielt der Zweigverein Görlitz a. d. O. seine regelmäßige, diesmal gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst erstattete Kollege Feiler den Jahresbericht. Von den 22 am Orte wohnenden Kollegen sind 18 organisiert. Die übrigen arbeiten immer noch alter Sitte noch zwölf Stunden für einen Tagelohn von 2. Alle guten Ermahnungen seitens der organisierten Kollegen, sie möchten sich ebenfalls der Organisation anschließen, sind fruchtlos geblieben. Aus diesem Grunde konnten denn auch die Unternehmer die von dem Verbands gestellte Forderung, 30 s Stundenlohn und geführende Arbeitszeit, unbeachtet lassen. Die von dem Kassierer vorgelegte Abrechnung für das vierte Quartal 1901 wurde von der Versammlung als



Die Mitglieder beider Organisationen in öffentlicher Versammlung zur Sache selbst aussprechen könnten. Die Entscheidung dieser hochwichtigen Sache durch die Vorstände allein ist wohl nicht recht am Platze, da theilweise persönliche Differenzen und Interessen vorherrschen, welches zur Vermittlung daraus hervorgeht, daß speziell die Berliner Verbandslitung der Leitung der Notarorganisation nicht (unparteiisch) ist, woraus jene wieder einen Hinderungsgrund konstatirt, wofür sie eigene Ansicht nach auch Ursache haben mögen. Um beide Organisationen näher zu bringen, dürfte sich wohl die Einigung von Vertrauensleuten empfehlen und die Initiative hierzu der Vorstand des Zentralverbandes ergreifen, in der Aussicht des großen Verdienstes, nicht dem Kampfe, sondern der friedlichen Vereinigung der Maurer Deutschlands das Wort geredet zu haben.

G u t a b S c h e d o.

Am 4. Januar hielt der Zweigverein Waren seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Nachdem die Abrechnung vom Kassierer gelesen und von der Versammlung anerkannt war, wurde der Kassierer von der Versammlung beauftragt, die Abrechnung der letzten Monate hauptsächlich die Lohnfrage. Der zweite Vorsitzende sowie auch Kollege führten die Versammlung vor Augen, wie notwendig es sei, den im vorigen Jahre nicht erreichten Lohn von 85 % pro Stunde in diesem Jahre zu erlangen. Beschlössen wurde, der Annung „Wahlkarte“ ein Schreiben zuzuschicken, worin betont werden solle, daß der Kontrakt mit dem 1. Januar d. J. abgelaufen ist und die Gesellen gewillt sind, mit den Meistern in Unterhandlungen zu treten, um Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinschaftlich festzusetzen. Weiter wurde beschlossen, den Lohn von 82 auf 85 % pro Stunde zu erhöhen und 26 % Randgeld zu fordern. Angeregt wurde von dem zweiten Vorsitzenden, bei der bevorstehenden Gesellen-Auswahl alle Kraft einzusetzen, um Männer in den Ausschuss zu bekommen, die für die Sache der Gesellen eintreten. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 5. Januar d. J. fand in „Stadt Wien“ in Würzen eine öffentliche Maurerverammlung statt. Dieselbe nahm zuerst den Bericht des Kollegen Schneider über die Baupreise bei dem Odenhäuser Unternehmer Herrn am Kaiserentwurf und Viehweg von der Würzener Baugesellschaft entgegen. Dieselben waren herabgerufen durch Vorkürzungen pro Stunde um 2 % der Löhne hatten 12 Kollegen die Arbeit niedergelegt, 6 Italiener blieben stehen; dieselben reisten jedoch am 5. Dezember ab, und wurde die Arbeit gänzlich eingestellt. Die Sperre rührt aber immer noch auf diesem Bau. Geleitet hat dieselbe A. 225.58. Der Viehweg legten am 25. November acht Kollegen die Arbeit nieder. Diese Sperre wurde nach vier Tagen erfolgreich beendet und lösterte A. 20.00. Kollege Jacob-Weiß legte der Versammlung an's Herz, sich beantragte Vorkürzungen nicht bieten zu lassen, trotz der Krise, welche jetzt vorherrscht ist. Die Sperre über den Unternehmer Mülli müßte weiter bestehen bleiben, es wird auch demersprechend einstimmig beschlossen. Zum zweiten Punkt erlittete Kollege Schneider Bericht über die Verhandlungen mit den Meistern bezüglich des neuen Vertrages. Daraus geht hervor, daß wohl alle drei Meister für einen Vertrag sind, aber unter welchen Bedingungen? Der im Jahre 1899 durch vierwöchigen Streik erlangte Lohn von 12 % pro Stunde soll um 2 % erhöht werden; dieses müßten sie (die Unternehmer) schon thun im Interesse des bauenden Publikums. Eine Wohnungsnotiz gibt es nicht am Orte,“ jagte der Obermeister der Annung, Herr Strub, „wenn unsere einheimischen Arbeiter Geld brauchen, hätten sie können in der guten Konjunktur 12 und 18 Stunden arbeiten, dann hätten wir nicht notdürftig gehabt, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen.“ Die Kommission erklärte sich in Aussicht auf die gestellten Bedingungen zur Abschließung eines Vertrages für nicht kompetent, sondern verlangt, daß eine öffentliche Maurerverammlung darüber entschieden. Diesem Verlangen wurde auch stattgegeben, nach längerer Debatte und Ausführungen des Kollegen Jacob, welcher eine regere Debatte wünscht, da es sich bei der Vertragsschließung doch um die Lebenshaltung und Lebensbedingungen eines Arbeiters handelt. Es wird ein Antrag vom Mann angenommen, Alle, Mann für Mann, für 12 % einzutreten. Mit diesem Auftrag versehen, soll die Kommission nochmals Verhandlungen antunehmen und so bald wie möglich wieder Bericht erlitten. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ gibt Kollege Viehweg bekannt, daß er sein Amt als Vertrauensmann niederlegen will und bittet, einen neuen zu wählen. Schneider regt an, die Einheitsmarke einzuführen. Beide Angelegenheiten werden aber bis zur nächsten Versammlung vertagt. Gossentlich ist dieselbe noch besser besucht, um den Unternehmern zu zeigen, daß alle Maurer ein Interesse an ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Lage haben.

Dom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Aachen. Man schreibt uns: Am 7. d. M. stürzte am Kirchhausneubau ein Steinbau vom Dach bis in den Keller und blieb sofort tot. Die hiesige Presse bezeichnet es als ein Unfall, daß der Gebäute unbeschädigt geblieben sei und sieht die Sache damit als erledigt an. Uns Organisationen aber facht der Unfall wieder den Jörn zu heftigen Flammen an, wenn man ein Lager eines Unglücklichen sieht mit dem Bewußtsein, daß das blühende Menschenleben wieder ein Opfer drastischer Profitgier geworden. Ein eigentümliches Aufammentreffen giebt sich zu erkennen, wenn man die Umstände hier in Aachen betrachtet und dann die augenscheinlich stichtigen Bauten in Betracht zieht. So waren beim Theaterumbau verschiedene Anfälle — dabei mehrere mit tödlichem Ausgang — zu beobachten, ebenso beim Anbau des Kollegiums, wo vor 14 Tagen drei Maurer von der obersten Etage bis in den Keller stürzten, dieselben kamen glücklicherweise mit dem Leben davon. Zimmer und immer wieder es mangelnde Abdeckungen, die die Schuld an dem Tode oder zu Krüppeln gerichteten Kollegen trugen. Wir haben hier zwei Baufunktionen. Der eine war früher Wirt, habel Ritter des Eisernen Kreuzes und wird dieses jedenfalls mit Frau beigegeben haben, daß der Mann den Posten erhält. Daß aber der Bauarbeiterstand damit nicht gebiert ist, liegt auf der Hand. Daß die baupolizeilichen Bestimmungen nicht sonderlich ernst genommen

werden, ist nicht zu verwundern, da selbst die städtischen Betriebsämter wenig oder garnicht davon Notiz nehmen. So ist bei der Anlage des Spiel- und Sportplatzes, wo circa 80 bis 70 Arbeiter beschäftigt sind, eine Wandbevorhandlung die höchstens für 15 bis 20 Mann Platz hat und dabei wird sie entgegen den polizeilichen Bestimmungen auch als Materialabfuhr verwendet. Ein Ofen existirt nicht. Wozu überflüssig. Wenn solches am grünen Solze geschieht, was wird dann usw. Bauarbeiter von Aachen, wozu Eure heissen Knochen, helfst Euch selbst, ruft den Verberber von Gesundheit und Wohlergehen ein kräftiges Halt zu, indem Ihr Alle unseren Vereinen beitrete und so geschlossener bessere Schutzbedingungen für Leben und Gesundheit fordern könnt.

Berlin. Am Sonnabend, den 4. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, verunglückte infolge Gerüsteinsturzes der Maurer August Sonntag aus Panlow, der Arbeiter Paul Krämmer aus Weissenau und der Maurerlehrling Ernst Mühlhagen aus Panlow auf dem Bau der Unternehmern Robert und Heinrich Werner in der Wühlentstraße zu Panlow. Beim Aufbau des Treppenhauses, welches bis zur Höhe von etwa acht Metern gebiehn war, füllten die Kasten und Steintträger zu den letzten Schichten der Mauerhöhe nachmals die Mauerung mit Material. Schon hatten die Steintträger sich ihrer Last entledigt, als beim Ausweichen des Mörtels plötzlich zwei Mauerbrücken. Die drei genannten Arbeiter stürzten mit der Materiallast und dem Mauerwerk in die Tiefe. Glücklicherweise kamen Sonntag und Mühlhagen mit unbeschädigten Verletzungen davon, während der Arbeiter Krämmer mehrere schwere Rippenbrüche davon trug. Der Schwerverletzte wurde mittelst Krankenwagens vorläufig nach seiner Wohnung gebracht. Auch bei diesem Fall ist wieder eine grobe Fahrlässigkeit darin zu finden, daß den Vorrichtungen der Polizei und der Berufsgenossenschaft nicht genügend worden ist, indem unter der Mauerung, worauf gearbeitet wurde, wohl noch Mauerlagen, aber die Abdeckung derselben fehlte, so daß die Verunglückten, ohne den geringsten Anhalt zu haben, in die Tiefe stürzen konnten.

Landshut a. d. W. Nachträge vom Streik könnte man den Unfall nennen, der am Sylvesterabend infolge einer Fall-Röhren-Tomas von hier passierte. Als dieselbe die Wollstraße am Franz Hoferschen Neubau passierte, stürzte eine Ecke eines Frontgiebels herab und der Frau auf den aufgespannten Regenschirm. Die Frau mußte der Drohkraut nach Hause gefahren werden. Wäre das Material, wie es sich geborte, verarbeitet worden, so hätte das nicht passieren können, so aber war der Fall, der meist aus Lehm bestand, durch das nasse Wetter aufgeweicht, und da der Steinwurf in der Mitte des 38 cm starken Mauerwerks auch nicht zur Haltbarkeit beitrug, hatte sich eine Ecke losgelöst. Allen Ansehen nach ist dies noch nicht der letzte Unfall auf diesem Bau, denn die Patendiebstahl hängen alle mit einem Bogen nach unten; einige sind schon, nachdem die Schalung entfernt war, eingestürzt.

Leipzig. Durch einen üblichen Sturz kam am 8. Januar der Maurer Julius Mühlmann aus Pöhlberg um's Leben. Der Unglückliche stürzte in dem Wallfischen Neubau, Kaiser Wilhelmstraße 59, in Gohlis, aus einer Höhe von drei Stockwerken vom Gerüst des Treppenhauses und land dabei seinen Tod.

Mangelnde Bauaufsicht. Am 25. Juli stürzte an einem Neubau in Schwiebrunn der Spanglerlehrling Wlod beim Einbringen einer Dachrinne durch ein 25 cm breites und 60 cm langes Loch in den Keller und starb infolge der erlittenen Verletzungen. Baumeister Georg Sturm und dessen Sohn Heinrich waren nun beim Schöffengericht wegen Nichtbefolgung der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen angeklagt und wurden zu 10 bzw. 10 Strafe verurteilt.

Die Bauhaftigkeit in Leipzig. Im Jahre 1901 sind in Leipzig 961 Neubauten mit 8077 Wohnungen und 893 gewerblichen Anlagen fertig gestellt und baupolizeilich abgenommen worden. Im vorhergegangenen Jahre wurden 984 Neubauten mit 3455 Wohnungen und 883 gewerblichen Anlagen fertig gestellt. Abgezogen wurden im Jahre 1901 55 Gebäude mit 107 Wohnungen und 28 gewerblichen Anlagen, gegen 75 Gebäude mit 124 Wohnungen und 85 gewerblichen Anlagen im Vorjahre.

Darlehen zum Wohnungsbaue werden bekanntlich von den staatlichen Versicherungsanstalten an Baugenossenschaften gegeben. Der Vorstand der Versicherungsanstalt Hessen v. A s s a u hat beschlossen:

Für die Folge von den zur Kapitalanlage verfügbaren Beständen bis zu 1/2 derselben, jedoch nicht über 1 750 000 jährlich, als Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen bereit zu stellen, und von der zu diesem Zwecke auszuwerfenden Summe bis zu 1/2 den gemüthlichen Bauvereinen zuzuwenden, den Rest zum Zwecke des Baues von Wohnhäusern einzelner Arbeiter bereit zu stellen. Bei der Gewährung von Darlehen für Arbeiterwohnungen regelmäßig an einer Amortisationsquote von 1 1/2 pzt. jährlich festzuhalten, die übrigen früher beschlossenen Bedingungen aber beizubehalten, wonach sich der Zinssfuß von 3 pzt. auf 3 1/2 pzt. erhöht, sobald die einer Baugenossenschaft bewilligten Darlehen insgesamt den Betrag von 1 500 000 übersteigen. Für die Folge einzelnen Bauvereinen regelmäßig keinen höheren Betrag, als 1 80 000 jährlich in Aussicht zu stellen, sofern es sich nicht um erstmalige Bewilligungen handelt. Ein einzelner Arbeiter, welche dazwischen bei der Anstalt versichert sind, werden Darlehen zum Zwecke der Errichtung eigener Wohnhäuser nur dann gewährt, wenn eine gemüthliche Baugenossenschaft, ein Mitarbeiter Verein, ein selbstständiger Wirtsgast für die Sicherheit des Kapitals, sowie für die ordnungsmäßige Zahlung der Zinsen und Abträge und die Vermittlung des gesammelten Gesellschaftsvertrages (Darlehensanmeldung, Hypothekensstellung, Kapitalauszahlung, Leistung der jährlichen Zahlung an Zinsen und Abträgen z.), sowie die Verpflichtung zur unentgeltlichen Überwachung der verpfändeten Gebäude z. übernimmt. Arbeiterwohnungen im abgesetzten Wert von mehr als 1 0000 sind von der Beleihung regelmäßig ausgeschlossen und sind die im Einzelfalle zu gebenden Darlehen auf eine regelmäßige Höchstgrenze von 1 4500 bestimmt.

Zum Submissionswesen. Für die Maurerarbeiten der Baugewerks- und Maschinenbaubetriebe in B r e s l a u wurden nach der Baugew.-Zg. folgende Herten abgesetzt: Fol. Juli A. 177 029, Riß. Beer 184 718, Weissheim 188 960, Dito

Mohbe 127 890, S. Simon 120 830, Alfred Müller 118 658, Breuß & Bobolsti 111 102, Deschreit & Geunfeld 109 570, Nischita 109 193, Seiler & Wehr. Günter 98 022, Fied. 91 642. Die Differenz zwischen Höchst- und Mindestangebot beträgt demnach A. 85 887.

Aus anderen Berufen.

\* Streik italienischer Lohnbrücker. Sämtliche am Thalsperrenbau in P a r k i s s a beschäftigten italienischen Arbeiter, etwa 100 an der Zahl, haben, wie der „Vorwärts“ mitzutheilen weiß, wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt und nehmen eine drohende Haltung gegen die nicht ausländigen deutschen Werkführer und Beamten ein. Die Gewerkschaft wurde aus den benachbarten Orten telegraphisch in die Nähe der Baustelle zusammengezogen. Ob bei dem Streik auch Maurer in Betracht kommen, entzieht sich unserer Kenntnis.

\* Die Bauarbeiter Leipzigs haben an die Bauarbeiter ein Schreiben gerichtet, in dem sie um gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ersuchten. Der Verband der Bauarbeiter antwortete darauf ablehnend. In der Begründung dieses ablehnenden Standpunktes heißt es: „Sie sind eine gelehrten Arbeiter, wie die Maurer und Zimmerer, die lediglich im Kaufschäft thätig sind, sondern Sie sind unter Umständen in allen anderen Geschäftszweigen auch thätig, unter anderem auch in solchen, deren Konkurrenz wir unterworfen sind, bei denen wir aber auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse keinerlei Einfluß haben. Schon dieser eine Umstand verbietet uns ein für allemal, Ihrem a. s. i. c. h. g. e. w. i. c. h. e. r. e. c. h. t. e. n. A. u. s. s. e. a. u. s. Ihre Arbeitsverhältnisse herabzusetzen und deshalb Verhandlungen anzunehmen, welche zu sehen und deshalb Verhandlungen anzunehmen. — Wir wollen nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Arbeitszeit für Sie, soweit Sie auf Bauten beschäftigt sind, ohne Weiteres durch die Arbeitszeit der Maurer und Zimmerer geregelt ist; diesfalls bedarf es an sich schon keiner Verhandlung; ferner noch darauf, daß der bisher auf Bauten für Sombarbeiter bezahlte Lohn wohl das Höchste ist, was überhaupt für ungelernete Handarbeiter in Leipzig gezahlt wird, so daß es unferes Erachtens auch nach dieser Richtung hin kaum nötig erscheint, Verhandlungen zu führen.“ Die Hauptursache, warum die Unternehmer dem „an sich gerechtfertigten“ Wunsch nicht nachkommen wollen, dürfte wohl die sein, daß sie beim erhöhten Zustrom von ungelerten Arbeitern in die Baubranche nicht so strupplos die Löhne kürzen können, wenn ein Vertrag ihnen gewisse moralische Schranken auferlegt.

\* Der Zimmererverband vereinnahmt im dritten Quartal 1901 A. 141 676,94, darunter A. 90 768,15 an Wochenbeiträge und A. 116 222,81 für den Streikfonds. Der Hauptfasse stossen A. 92 260,46 zu (A. 72 808,31 für Wochenbeiträge und die Einnahme für den Streikfonds ganz). Die Ausgabe der Hauptfasse belief sich auf A. 61 974,94, darunter A. 28 978,84 für Streikunterstützungen, A. 12 815,71 für den Verbandsorgan, A. 4613,17 für mündliche Agitation. Das Vermögen der Organisation betrug am Quartalschluß A. 408 180,57, wovon sich A. 288 618,88 in der Hauptfasse befanden. An Mitgliedern wurden 24 198 gezählt.

\* Der Holzarbeiterverband hatte im 3. Quartal 1901 eine Einnahme von A. 219 084,03, darunter A. 199 997,70 Wochenbeiträge. Die Ausgabe betrug A. 156 636,69, darunter A. 69 387,46 als Prozentanteil der Holzbesitzer, A. 26 700 für das Frachtagung, A. 12 529,20 für Kleinunterstützungen, A. 7530,47 für Streikunterstützungen, A. 6717,62 für mündliche Agitation. Das Vermögen belief sich am Schluß des Quartals auf A. 284 726,12, davon in der Hauptfasse A. 201 570,40. Die Zahl der Mitglieder ist von 71 705 im 2. Quartal auf 70 789 zurückgegangen. Gegen das 3. Quartal 1900 beträgt der Mitgliederzuwachs 8145. — In Berlin kommt es im Holzarbeiterverände anheimend zu einem schweren Konflikt. Die im Verband organisierten Holzarbeiter haben über einige Werkstätten die Sperre verhängt, weil die betreffenden Unternehmer die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen durchbrochen haben. Es geht übrigens schon längere Zeit; die organisierten Unternehmer haben schon wiederholt versucht, sich ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen zu entziehen. Nimmert hat eine Generalversammlung der Berliner Tischler- und Innung beschlossen, die Arbeiter a. u. s. u. p. p. e. r. e. n., wenn die Sperren innerhalb einer bestimmten Zeit nicht aufgehoben werden. Die Innung beschloß, sich wegen der Aussperrung mit allen Vorständen der „beteiligten“ Verbände in Verbindung zu setzen, damit die Aussperrung von 10 pzt. der Arbeiter über alle Betriebe der Holzindustrie ausgedehnt werde. Die Aussperrung soll sich lediglich auf die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes erstrecken. Diese letztere Einschränkung beweist, daß es sich in diesem von den Unternehmern benutztweise vom Jahre gebrochenen Streik lediglich um eine Verletzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter handelt.

\* Verbandstag der Dachdecker. Vom 27. Dezember ab tagten in Mainz die Delegirten der Dachdecker. Von den Tagesordnungspunkten sind besonders wichtig: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Bauarbeiter-schäft. Mäßer den 19 Delegirten ist der Reichstagsabgeordnete Hoch und der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, anwesend. Der Vorsitzende konstatiert, daß der Verband im abgelaufenen Jahre gute Fortschritte gemacht habe. Aus dem Berichte des Kassierers erhellt, daß die Rentenverhältnisse sich seit dem abgelaufenen Verbandstage wesentlich gebessert haben. Die Gesamtsummen betragen in den letzten zwei Jahren von insgesamt A. 17 000 auf A. 38 000. Sie betragen A. 82 935,88; die Ausgaben A. 80 908,78.

Die weitere Sitzung wurde ausgesetzt mit einer Debatte über die Presse und inneren Angelegenheiten: Ausführlich z. German erläuterte in eingehender Weise die Ertragsverhältnisse bei den Lohnbeziehungen. Im Ganzen fand 1900—1901 19 Streiks statt, an denen sich 685 Arbeiter beteiligten. In den meisten Fällen handelte es sich um Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung, welche auch meistens erreicht wurden. In vier Fällen erhöhte sich der Lohn um A. 1,20 pro Woche, in einem um A. 2, in vier um A. 3, in einem um A. 4. Die Arbeitszeit wurde verkürzt in einem Falle um 1/2 Stunde pro Tag, in vier um eine Stunde. Ohne Streiks wurden Lohnveränderungen in 48 Fällen erreicht. Arbeitszeitverkürzungen in vier Fällen. Tarifkommissionen bestehen in elf Fällen. Durchschnittlich herrscht sechsstündige Arbeitszeit, in 18 noch elfstündige und in zwei mehr als

efflündige. Die kürzeste Arbeitszeit ist in Berlin: neun Stunden; die längste in Danau und Gof: 13 und 16 Stunden.

Zat. Dießl ergänzte diese Ausführungen durch eine Uebersicht über die Kosten für die Streiks. Im Ganzen wurden für dieselben 11 220 ausgegeben, während nur 4 943 empfangen. 2118 80 stüßten also aus der Hauptkasse darzulegen, werden. Der theuerste Streik war der Wagener, der 6170 kostete.

Bezüglich der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung fand eine Resolution Annahme, worin neben der Streikunterstützung die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit als die zweckmäßigste bezeichnet wurde. Ueber die Einführung soll eine Urabstimmung entscheiden.

Am dritten Verhandlungstage wurden zunächst einige Anträge, betreffend das Meißner- und Unterlingenswesen, erledigt. Ein Antrag, betreffend Errichtung von Hilfsfonds, wurde abgelehnt. Hierauf wurde in die Beratung über Verlegung des Sitzes des Zentralvorstandes nach Berlin eingetreten.

Gornitz-Berlin begründete einen dahingehenden Antrag, wobei er auf die Vorteile hinweist, die eine Verlegung zur Folge hätte. Der Zentralvorstand und die meisten Redner sind gegen eine Verlegung des Sitzes von Frankfurt nach Berlin, weil dadurch im Verband leicht Streitigkeiten entstehen könnten. Demgegenüber die Berliner Herrschaften in der Provinz viel Unpopuläre. Zugewandte empfahl der Vorsitzende die Anstellung eines Beamten für den gesammten Norden, der dann in den nördlichen Gauen die Agitation zu betreiben habe. Diefem Vorschlag wurde nach längerer Debatte zugestimmt. Und zwar soll dieser Beamte mit 1. April 1903 angestellt und seinen Sitz in Berlin haben.

Weiter wurde beschlossen, die „Dachdecker-Zeitung“ vom 1. April dieses Jahres ab in der Duderer der „Vollstimmte“ Frankfurt herstellen zu lassen. Weiter wurde die Zeitung bei Schmidt & Sobisch-Frankfurt gedruckt.

Tamit wurde für den Sonntag Egluh der Verhandlungen gemacht.

Der vierte Tag wurde eingeleitet mit einem Referat des Reichstagsabgeordneten Koch über den Bauarbeiter-schutz. Seine Ausführungen gipfelten in folgender Resolution: Der fünfte Verbandstag des Verbandes der vereinigten Dachdecker- und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erklärt, daß der Schutz der Dachdecker bei ihren gefährlichen Arbeiten nach immer auf das Beste vernachlässigt wird. Deshalb ist es die Pflicht jedes gewissenhaften Kollegen, mit allen Kräften für einen besseren Schutz der Dachdecker bei ihrer Arbeit einzutreten. Da in erster Linie diese Pflicht unserem Verbands obliegt, fordert der Verbandstag alle Filialen, die Gauen und den Zentralvorstand aus, für besseren Schutz der Dachdecker unermüdet die Agitation zu betreiben. In diesem Zwecke sind mindestens in jedem Jahre in einer öffentlichen Versammlung die bestehenden Mängel bezüglich des Bauarbeiter-schutzes sowie die Mittel und Wege zu den nötigen Verbesserungen darzulegen, wobei namentlich von den Kollegen die größte Voracht und schärfste Wachtung der bestehenden Schutzvorschriften zu empfehlen ist. Außerdem sind immer von Neuem an die zuständigen Instanzen, die Reichsregierung, die Bundesregierungen, die Kommunalverwaltungen, die Berufsgenossenschaften, das Reichsversicherungsamt und die Annungen Eingaben zu richten, um bessere Schutzbestimmungen zu erlangen. Bei dieser Thätigkeit haben die Kollegen möglichst mit den anderen Bauarbeitern Hand in Hand zu gehen und sich besonders auch an den totalen Bauarbeiter-schutzbestimmungen zu beteiligen.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Den Rest der Verhandlungen bildete eine Reihe von Anträgen über die Höhe der Prozente, die an die Zentralleitung des Streikfonds und den Agitationsfonds abzuführen sind. 75 pzt. sollen an die Zentralverwaltung, 20 pzt. an den Streikfonds und 5 pzt. an den Agitationsfonds abgeführt werden.

Als Sitz des Ausschusses wurde Bremen bestimmt. Der nächste Verbandstag findet in drei Jahren in Dortmund statt. Zum Vorsitzenden des Zentralverbandes wurde Gg. Diebl-Frankfurt gewählt. Eine Gehaltsbeförderung wurde abgelehnt. Als Delegierter für den Stuttgarter Gewerkschaftskongreß wurde Gg. Diebl gewählt.

Mit dem Ausscheiden des Landes an die Mainzer Kollegen für ihre bewiesene Gastfreundschaft schloß der Vorsitzende die Verhandlungen.

**Einigungs-Konferenz zwischen den Verbandsvorständen der Portefeuller und Buchbinder.** Vor mehr als Jahresfrist beriefen sich die Portefeullervertreter von dem Ansbirer-Verband, in dem sie bisher organisiert waren, ab und gründeten eine selbstständige Organisation. Im Sommer des vorigen Jahres suchte nun der Vorstand dieses neuen Verbandes um Anschluß bei der General-Kommission der Gewerkschaften nach, wogegen der Vorstand des Buchbinderverbandes Einspruch erhob. Um die Differenzen zu begleichen, fand am 30. Dezember im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. eine Konferenz der beteiligten Vorstände unter Vorsitz des Genossen Legien statt. Die Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die Begrenzung der Agitationsgebiete in den verschiedenen Branchen der beiden Organisationen. Einen prinzipiellen Protest gegen die Angliederung des Portefeullerverbandes an die General-Kommission erhob der Vorstand des Buchbinderverbandes nicht, sondern erklärte, seine Einwendungen zurückzuziehen, falls der Portefeullerverband seine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder nur unter den Portefeullern betreiben wolle. Die Vertreter des Sattlerverbandes erklärten, daß sie keinen Grund einsehen, warum den Portefeullern der Anschluß an die General-Kommission verweigert werden solle, denn die Portefeuller gehören doch eher zu einem Leder-industrie-Verband als wie zu den graphischen Gewerben. Nach den langen Auseinandersetzungen, die sich hauptsächlich auf verschiedene Internas der beiden Verbände erstreckte, wurde vom Genossen Dietrich, dem Vorsitzenden des Buchbinderverbandes, ein längeres Memorandum unterbreitet. In demselben wird erklärt, daß die Vertreter des Buchbinderverbandes für die Zurückziehung ihres Protestes von dem Moment ab wirken wollen, wo der Portefeullerverband sein Statut dahin ändert, daß nur noch Portefeuller und Leder-galanteriearbeiter bei ihm Aufnahme finden, alle übrigen bis jetzt mit einbezogenen Branchen (im Betrach kommen hauptsächlich Papiergalanterie- und Tischarbeiter) also in

Zukunft keinen Anseh mehr bei ihm finden sollen. Wenn der Portefeullerverband sein Statut spätestens bis 1. Juli 1902 dahin abändert habe, soll seitens des Buchbinderverbandes die Agitation unter den Portefeullern eingestellt und dementsprechende Abänderungen im Statut durch Urabstimmung oder Generalkonferenz vorgenommen werden. Auch sollen im Falle einer Verständigung der beiden Organisationen auf der angegebenen Grundlage die Lohnbewegungen orientierende Mitteilungen ausgetauscht werden. Bei Streiks oder Ausperrung verpflichten sich die beiden Verbände jedoch nicht insonder zur Beschaffung finanzieller Unterstützung, als Mitglieder des eigenen Verbandes daran beteiligt sind. Sollte eine Einigung nicht zu Stande kommen, so soll der Buchbinderverband den Portefeuller-Verband auch ferner als Konkurrenzorganisation betrachten und keine Maßnahmen dementsprechend treffen. Diese Festsetzungen fanden allseitige Zustimmung und glauben die Anwesenden, daß auf dieser Grundlage eine Einigung zu Stande kommen wird. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen gute Früchte zeitigen möchten, schloß Genosse Legien die Konferenz.

**Der bairische Maurerverband hält seine 11. ordentliche Generalversammlung am 2., 3. und 4. Februar d. J. in Kopenhagen ab.**

Die ungarländischen Gewerkschaften hielten während der Weihnachtstage ihren zweiten Kongreß im großen Saale des alten Stadthauses in Budapest ab. Der Kongreß war sehr stark besucht. Aus Budapest waren 41 Vereine mit 70 Delegierten, aus der Provinz 39 Vereine mit 65 Delegierten vertreten. Nachdem am ersten Tage, Vormittags den 25. v. Mts., die Arbeitergenossenschaft mehrere Ehre zu Gehör gebracht hatten, wurde das Präsidium gewählt. Raab Welner begründete den Kongreß im Namen der sozialdemokratischen Partei und legte dar, daß diese Partei zwar andere Wege wandle als der Gewerkschaftsrath, jedoch dem gleichen Ziele zustrebe: der Befreiung der Arbeiterschaft. Genosse Teszarsz unterbreitete den Bericht des Exekutivcomitês für die Fachorganisationen und den letzten Bericht des früheren Kongresses. Demzufolge zählten 40 Vereine, die ihren Bericht einbrachten, im Jahre 1899 6892 Mitglieder, im Jahre 1900 bereits 8222 Mitglieder. Unter den Fachvereinen ist der größte der Budapester Buchdrucker, der allein 2770 Mitglieder zählt. Weiter erwähnt der Bericht, daß die Zahl der Arbeiter in Budapest seit vorigem Jahr um 40 pzt. abgenommen, die Zahl der Mitglieder der Fachvereine sich aber trotzdem gehoben hat. In 19 Streiks hat das Exekutivcomitê mit 14 117 eingegriffen, welchen Betrag die Fachvereine als Unterstützung gewährt. Den weiteren Bericht der Delegierten ist zu entnehmen, daß die Organisationen am Lande größere Fortschritte machen. Alle Klagen über die schlechten Wohnverhältnisse im ganzen Lande. — Am zweiten Tage präsidirten Seidner und Klein (Kaschau); als Schriftführer fungierte Juhos (Miskolc). Referent Genosse Israel erwähnte die ausländischen Arbeiter-schutzgesetze und betonte, die ungarische Gesetzgebung verhalte sich zu diesem Punkte ablehnend; man müsse an die Regierung mit aller Entschiedenheit die Forderung nach einem besseren Gesetze stellen. Auch wegen der Löhne sei noch viel zu thun. Die Organisationen müssen an deren Forderung fleißig arbeiten. Nachdem die gestellten Anträge angenommen waren, wurde Punkt 4: „Krankensversicherung“ verhandelt. Referent Genosse Teszarsz schlug eine Resolution vor, in der es heißt: „Der Kongreß fordert die obligatorische staatliche Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung ohne materielle Belastung des Arbeiters mit allem Nachdruck. Die Resolution wurde einstimmig ohne Debatte angenommen. Sodann wurden die Mitglieder des Landes-Gewerkschaftsverbandes gewählt und wurden H. Teszarsz, J. Israel, A. Drahoosky, J. Seidner, J. Wichnowsky, A. Kula, S. Banjal, T. Tuka und Gogolin gewählt. Am dritten Tage wurde die Verhandlung weiter geführt. Man beschäftigte sich namentlich mit der Stellungnahme zu den ausländischen Verbänden. Genosse Großmann ergriff das Wort, um wegen der Ausweisungsgesichte des Abgeordneten Cabrini zu sprechen, die wurde aber von dem anwesenden Polizeikommissar verboten. Großmann verlangte von den Anwesenden, daß sie mit allem Nachdruck gegen die Willkür der Polizei protestieren. Der Kongreß akzeptierte den bezüglichen Antrag Großmanns einstimmig. Nachdem noch einige Redner gesprochen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Wägen der Partei-Linse geschlossen.

**Verichtigung.** In der Verichtigung des Maurerparlaires Fröh in Ober-Dorfen in Nr. 2 unseres Blattes ist der Name des Kollegen, gegen den die Verichtigung sich richtet, falsch wiedergegeben. Derselbe heißt nicht Kuhl, sondern Mühl.

**Verchiedenes.**

**Aus München** wird berichtet: Das Magistratskollegium hat die im Etat für Bauarbeiten vorgezeichneten 271 000 zur sofortigen Verwendung für diese Arbeiten im Interesse der Arbeitslosen angeordnet, da andere in Aussicht genommene Bauten nicht so rasch, als es im Interesse der Arbeitslosen nötig, ausgeführt werden könnten. Dabei wurde beklagt, daß der Staat hier noch keine Arbeiten für diesen Winter in Angriff genommen habe und es bedauert wurde, daß die Stadtgemeinde allein auf Arbeitsbeschaffung bedacht gewesen sei.

**Die Statistik der Einkommensteuer-Voranlagen in Preußen** ist für das Jahr 1901 (eben erschienen). Das voranliegende Einkommen aller physischen Personen betrug 8370,1 Millionen Mark gegen 7511,3 im Jahre 1900, 7257,8 im Jahre 1899, 6774,9 im Jahre 1898, 6375,0 im Jahre 1897 und 5724,0 im Jahre 1896. In den Jahren bis 1896 betrug die Zunahme nie mehr als 100 Millionen Mark jährlich, von 1896 zu 1897 stieg sie auf 289 Millionen, von 1897 zu 1898 auf 400 Millionen, von 1898 zu 1899 auf 483 und von 1899 zu 1900 auf 683 Millionen Mark, während die Zunahme von 1900 zu 1901 535 Millionen Mark betragen hat. Seit dem Jahre 1892, dem ersten Jahre unter der Herrschaft der neuen Steuergeetze, ist das steuerpflichtige Einkommen in Preußen um 2352 Millionen Mark oder um mehr als 46 pzt. gestiegen. Unter einer Bevölkerung von 34 050 414 Köpfen befanden sich, abgesehen von 9176 Personen, die als Exterritoriale z. einkommensteuerfrei blieben, 20 581 002 Personen, deren Einkommen 1 900 nicht übersteigt, die also aus diesem Grunde einkommensteuerfrei blieben.

**Verhinderung einer Wirtin.** Seit mehreren Tagen ist man in der Nähe von Gerns in Sachen bemüht, die große, 38 m lange, über 4 1/2 m breite, 4 1/2 m hohe und 600 Zentner schwere eiserne Wirtin, die in Furch den Chemnitzfluh überpannt, so wie sie ist, eine halbe Stunde fluhabwärts zu bewegen, wo sie abwärts die beiden Ufer verbinden soll. Die Wirtin wurde mit Winden gehoben und auf ein Gerüst mit hölzernen Walzen gelagert, dann wurden zwei achtpferdige Dampftrahnen auf eisernen Acten vorgepannt. Langsam bewegte sich die Wirtin auf dem hölzernen Lagersystem vorwärts und nach zweistündiger Arbeit war sie zur Hälfte am jenseitigen Ufer angelangt. Jetzt wurde die Wirtin abermals mit Winden in die Höhe gehoben und unter sie eine schiefe Ebene gebaut, auf welcher sie mit einer Dampfmaschine zur Seite gezogen wurde. Die Wirtin, die Wirtin für den Weitertransport auf hölzernen Schienenlufen zu sehen, mußte in Folge der sehr starken Schneeschmelze aufgegeben werden.

**Polizei und Gerichte.**

**Der Streik in Neustettin** hat nachträglich auch noch ein paar Sinder auf die Antlagedeckel gebracht. Es sind dies die Kollegen Theodor Neubauer, Hermann Nib, Albert Bahwald und Franz Wischniewski. Zur Zeit des Streiks arbeiteten Maurer aus Schubin beim Streichhaufe. Die Kollegen Neubauer und Nib waren nun angefallen, die guten, frommen „Arbeitswilligen“ mit Tobislag bedroht zu haben. Bahwald und Wischniewski sollen sich desselben Verbrechens schuldig gemacht und auch noch gelagt haben: „Wenn die verfluchten Russen, Poladen die Arbeit nicht einstellen und dem Verbands beitreten, dann soll ihre Wade (eine Wagenremise) in die Luft gesprengt werden. Zwei Angeklagte hatten darauf eine Verlobung nach Schubin und zwei nach Schölkau erhalten, die Termine wurden aber

aufgehoben, weil es nicht möglich war, die beiden Belastungszeugen, Maurerparlaires Anton Seydland und Maurergehilfe Alexander Lewandowski, zu finden, um die schweren Verbrechen zu befragen. Zum anderen fand ein Termin am 23. November in Neustettin statt, in dem der Belastungszeuge Arbeiter Albert mit 20 befragt wurde, weil er den Schmutz verweigerte. Die Angeklagten wurden deshalb nicht befragt, weil Seydland und Lewandowski nicht anwesend waren. Aber der gute Herr Bürgermeister von Neustettin, Sasse, konnte es doch wohl nicht recht verschmerzen, daß die großen Streiklinder frei kämen, deshalb nahm er gerne die Last auf sich, die beiden Zeugen zu ermitteln. Der Herr meinte, die streikenden Maurer hätten sich unerbötlich schlecht betragen, denn die „guten Arbeitswilligen“ hätten ja vom Bahnhof mit Bombardiere zu den Bauten gebracht werden müssen. (Es ist dies zweimal geschehen.) Ferner erwähnte er noch, daß, sobald fremde Maurer auf dem Bauhofe waren, Alles von den Streikenden aufgehoben wurde, um sie zur Weiterreise zu bewegen. (Sehr richtig, Herr Bürgermeister! Auch meistens mit Erfolg.) Sogar bei den streikenden Maurern von den Streikenden Geld gegeben. (Wie schrecklich!) Am 6. Januar fand nun die letzte Verhandlung statt, und es war denn auch dem Stadtoberhaupt gelungen, die beiden Zeugen, Seydland und Lewandowski, zu ermitteln. Leider konnten die Zeugen nicht den Wuch erfüllen, vor Gericht die Verdöber zu belasten. Der Herr Bürgermeister mußte sich mit der Anklage der Zeugen zufriedene geben, die dahin lautete, daß sie die Angeklagten nicht genau kannten. Zum Bedauern des guten Stadtraths wurden die „schweren Verbrechen“ wegen Mängels an Beweisen freigesprochen.

**Im Kampf mit dem Kriegereverein.** Im Sagau war, wie wir in Nr. 2 unseres Blattes berichteten, ein Verbandskollege aus dem dortigen Kriegereverein ausgeschlossen worden, weil er sozialdemokratischen Gesinnungen huldige, worauf der Gemahregelste Klage anstufte. Das Gericht hat dem Kläger einen Eid darüber auferlegt, daß er noch nicht sozialdemokratisch gewöhnt habe. Dieser Beschluß des Gerichts geht sogar der „Aheim. Westf. Ztg.“, die gewis seine Freundin der Sozialdemokraten ist, über die Gut-schur. Sie schreibt: „Ein solcher Gerichtsbeschluß steht in einem offenen Gegensatz zu Artikel 20 der Reichsverfassung, welcher lautet: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit allgemeiner Abstimmung hervor. Niemand kann demnach von einem Gericht gezwungen werden, sich darüber öffentlich zu äußern, wie er gewöhnt hat. Es ist daher kaum zweifelhaft, daß jener Gerichtsbeschluß rechts-irrtümlich ist und von einer höheren Instanz umgeworfen werden wird. Aber abgesehen davon, scheint aus diesem Beschluß hervorzugehen, daß der Kläger nicht nur seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie eingestanden hat, sondern daß auch der Verein, der seinen Anschluß hiermit begründet hatte, garnicht in der Lage gewesen ist, diese Behauptung zu beweisen. Sonst wäre ja die Aufrechterhaltung des erwähnten Eides garnicht erforderlich gewesen. Schon aus diesem Grunde hätte das Gericht, wie die „Aheim. Westf. Ztg.“ weiter betont, ohne Weiteres das Klagen annehmen, man müsse auf Aufhebung des Anschlusses aus dem Verein statuieren. Denn auch diejenigen, die den Anschluß von Sozialdemokraten aus den Kriegerevereinen veranlaßt haben, sind stets der Ansicht gewesen, daß es sich dabei nur um notorische Anhänger der Sozialdemokratie handeln könne.“

**Verichtigung.** In der Verichtigung des Maurerparlaires Fröh in Ober-Dorfen in Nr. 2 unseres Blattes ist der Name des Kollegen, gegen den die Verichtigung sich richtet, falsch wiedergegeben. Derselbe heißt nicht Kuhl, sondern Mühl.

**Verchiedenes.**

**Aus München** wird berichtet: Das Magistratskollegium hat die im Etat für Bauarbeiten vorgezeichneten 271 000 zur sofortigen Verwendung für diese Arbeiten im Interesse der Arbeitslosen angeordnet, da andere in Aussicht genommene Bauten nicht so rasch, als es im Interesse der Arbeitslosen nötig, ausgeführt werden könnten. Dabei wurde beklagt, daß der Staat hier noch keine Arbeiten für diesen Winter in Angriff genommen habe und es bedauert wurde, daß die Stadtgemeinde allein auf Arbeitsbeschaffung bedacht gewesen sei.

**Die Statistik der Einkommensteuer-Voranlagen in Preußen** ist für das Jahr 1901 (eben erschienen). Das voranliegende Einkommen aller physischen Personen betrug 8370,1 Millionen Mark gegen 7511,3 im Jahre 1900, 7257,8 im Jahre 1899, 6774,9 im Jahre 1898, 6375,0 im Jahre 1897 und 5724,0 im Jahre 1896. In den Jahren bis 1896 betrug die Zunahme nie mehr als 100 Millionen Mark jährlich, von 1896 zu 1897 stieg sie auf 289 Millionen, von 1897 zu 1898 auf 400 Millionen, von 1898 zu 1899 auf 483 und von 1899 zu 1900 auf 683 Millionen Mark, während die Zunahme von 1900 zu 1901 535 Millionen Mark betragen hat. Seit dem Jahre 1892, dem ersten Jahre unter der Herrschaft der neuen Steuergeetze, ist das steuerpflichtige Einkommen in Preußen um 2352 Millionen Mark oder um mehr als 46 pzt. gestiegen. Unter einer Bevölkerung von 34 050 414 Köpfen befanden sich, abgesehen von 9176 Personen, die als Exterritoriale z. einkommensteuerfrei blieben, 20 581 002 Personen, deren Einkommen 1 900 nicht übersteigt, die also aus diesem Grunde einkommensteuerfrei blieben.

**Verhinderung einer Wirtin.** Seit mehreren Tagen ist man in der Nähe von Gerns in Sachen bemüht, die große, 38 m lange, über 4 1/2 m breite, 4 1/2 m hohe und 600 Zentner schwere eiserne Wirtin, die in Furch den Chemnitzfluh überpannt, so wie sie ist, eine halbe Stunde fluhabwärts zu bewegen, wo sie abwärts die beiden Ufer verbinden soll. Die Wirtin wurde mit Winden gehoben und auf ein Gerüst mit hölzernen Walzen gelagert, dann wurden zwei achtpferdige Dampftrahnen auf eisernen Acten vorgepannt. Langsam bewegte sich die Wirtin auf dem hölzernen Lagersystem vorwärts und nach zweistündiger Arbeit war sie zur Hälfte am jenseitigen Ufer angelangt. Jetzt wurde die Wirtin abermals mit Winden in die Höhe gehoben und unter sie eine schiefe Ebene gebaut, auf welcher sie mit einer Dampfmaschine zur Seite gezogen wurde. Die Wirtin, die Wirtin für den Weitertransport auf hölzernen Schienenlufen zu sehen, mußte in Folge der sehr starken Schneeschmelze aufgegeben werden.

**Polizei und Gerichte.**

**Der Streik in Neustettin** hat nachträglich auch noch ein paar Sinder auf die Antlagedeckel gebracht. Es sind dies die Kollegen Theodor Neubauer, Hermann Nib, Albert Bahwald und Franz Wischniewski. Zur Zeit des Streiks arbeiteten Maurer aus Schubin beim Streichhaufe. Die Kollegen Neubauer und Nib waren nun angefallen, die guten, frommen „Arbeitswilligen“ mit Tobislag bedroht zu haben. Bahwald und Wischniewski sollen sich desselben Verbrechens schuldig gemacht und auch noch gelagt haben: „Wenn die verfluchten Russen, Poladen die Arbeit nicht einstellen und dem Verbands beitreten, dann soll ihre Wade (eine Wagenremise) in die Luft gesprengt werden. Zwei Angeklagte hatten darauf eine Verlobung nach Schubin und zwei nach Schölkau erhalten, die Termine wurden aber

\* Haushaltungsbudget eines Berliner Mannes für das Jahr 1901. Ein- u. dreierlei, aber linderlicher Kollege hat uns eine Zusammenstellung seiner Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1901 überfandt, die wir nachfolgend veröffentlichen.

Table with 2 columns: Item (e.g., Brot, Butter, Milch) and Amount. Includes a sub-table for 'Jährliche Ausgaben' with categories like Kleidung, Nahrung, etc.

Abdominale Ausgaben M. 18,74 x 62. M. 714,48
Jährliche Ausgaben 625,78
Gesamtausgabe M. 1340,21
Ueberschuß von 1900 M. 78,69
Arbeitsverdienst 1823,19
Summa M. 1401,81
Ausgabe M. 1340,21
Gesamtlüberschuß M. 61,60

\* Wohnungsinpektion im Regierungsbereich Düsseldorf. Im Staatshausministerium für das Königreich Preußen für 1902 ist für den Regierungsbereich Düsseldorf eine Wohnungsinpektion vorgesehen.

Table with 2 columns: Year and Number of Foreigners. Lists years from 1871 to 1900 and corresponding counts.

In Berlin lebten am 1. Dezember 1900 insgesamt 35 026 Reichsausländer. Am zahlreichsten waren in Preußen die Desterreicher (137 963), Niederländer (83 944), Russen (82 486).

Die Statistik zeigt, daß die Zahl der Reichsausländer in stetigem starken Wachsen begriffen ist, viel stärker wachst, als die einheimische Bevölkerung.

Die Statistik beleuchtet auch die preussische Dänenpolitik recht hell. Die Zahl der dänischen Staatsangehörigen hat nämlich in Preußen bis 1900 ständig zugenommen, sie stieg von 18 620 im Jahre 1871 auf 81 440 im Jahre 1890.

\* Die Wirkungen des Gefängnisses auf die Gesundheit. In der Münchener medizinischen Wochenschrift veröffentlicht der bayerische Bezirksarzt Dr. Schäfer eine Arbeit, in der er unter anderem sagt: Die anatomischen Entzündungen (Muskelerreger), die Magenaffektionen, das vorzeitige Altereichthum, der Fall von Scharlach und die Fälle von Tuberkulose lassen sich durch die Gefängnisbedingungen bedingt.

jener Grenze, an der das Gefängnisrecht mit allen seinen Komplikationen, seien es chronische Verdauungsstörungen, frühzeitiges Altern, sei es Tuberkulose, beginnt.

Das mögen sich die Leute merken, denen der heutige Strafvollzug noch so human ist.

\* Eine Milliarde Minuten. Die Minute erscheint unserem Gefühl als ein unbedeutend kleiner Zeitabschnitt, und sollten wir größere Zeiträume in Minuten abschätzen, würden die Minuten sicher rasch genug die größten Jahrsörter zu Hüfte nehmen.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dießl. Verlag) 15. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein methodologisches Problem. — Die Wegeleiten von Blagowestschenski.

Arbeiterbildungsschule Berlin. Die vor 11 Jahren von W. Liebknecht in's Leben gerufene Arbeiterbildungsschule hat für das mit dem 14. Januar beginnende I. Quartal 1902 folgenden Lehrplan aufgestellt:

Table with 4 columns: Unterrichtsfach, Behandelte Lehrstoff, Lehrer, Unterrichts-Abend. Lists subjects like Geschichte, National-Ökonomie, and their respective teachers and times.

Das Unterrichtstotal befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engelster 15 Hof links, 2 Tr. Der Unterricht beginnt in Geschichte Dienstag, den 14. Jan.; National-Ökonomie Sonntag, den 16. Jan.; Rede-Übung Freitag, den 17. Januar.

Briefkasten.

Schmitt, S. Der „Grundstein“ ist kein Protokollbuch, in das alle, auch die nichtsagenden, Protokolle unter allen Umständen abgedruckt werden müssen.

Wolff, S. Der „Grundstein“ ist kein Protokollbuch, in das alle, auch die nichtsagenden, Protokolle unter allen Umständen abgedruckt werden müssen. Das ist die Hauptaufgabe der Redaktion.

Berlin I. A. R. Für die vorliegende Nummer kam die Abrechnung zu spät; kommt in nächster Nummer zum Abdruck. Gruß

Neufeld, S. H. Es steht den Kollegen frei, ob sie die Sammellisten in Umlauf setzen wollen oder nicht.

Lohndi, S. Der Stempelstein wird nur ganz wenig angefeuchtet, so daß er beim Stampfen nur „schwitz“, wogegen Substrat in der schon die Bezeichnung trägt — in mehr flüssigerem Zustande verarbeitet wird.

Dortmund, J. Sch. Revisionen sind keine Vorstandsmitglieder.

Streikabrechnungen.

Wausperre (Fischer), Rensburg a. d. S. Einnahme. Aus der Hauptkasse M. 229,— Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet M. 6,80 Summa M. 235,80

Ausgabe. Für Streikunterstützung M. 229,— Flugblätter und Annoncen 1,10 Porto und Schreibmaterial 2,80 sonstige Ausgaben 8,— Summa M. 235,80

Rienburg a. d. S., den 23. November 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisionen: Wilhelm Gramig, Franz Kopphe, Albert Niemann, Für die Streikkommission: G. Fischer, F. Knauf, Gottl. Stange.

Wausperre (Apfel), Magdeburg. Einnahme. Aus der Hauptkasse M. 43,60

Ausgabe. Für Streikunterstützung M. 24,— Reiseunterstützung an abgereifte Streikende 8,— Fortschaffung Zugereister 9,10 sonstige Ausgaben 2,60 Summa M. 43,60

Magdeburg, den 6. Januar 1902. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisionen: Carl Döring, Carl Kammengießer, Für die Streikkommission: Carl Schöb, Carl Ruffe.

Wausperre (Fendte), Bromberg. Einnahme. Aus der Hauptkasse M. 259,— Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet M. 24,25 Summa M. 283,25

Ausgabe. Für Streikunterstützung M. 258,— Flugblätter und Annoncen 8,— Porto und Schreibmaterial 8,55 sonstige Ausgaben 18,70 Summa M. 283,25

Bromberg, den 31. Dezember 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Für die Revisionen: Joh. Raschinski, F. Krause, C. Fanbret, Für die Streikkommission: Adolf Rosenthal, Eduard Turau.

Wausperre (Wolter & Beckmann), Celle. Einnahme. Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet M. 27,20

Ausgabe. Für Streikunterstützung an Verbeirathete M. 18,75 Flugblätter und Annoncen 8,60 Porto und Schreibmaterial 4,— sonstige Ausgaben 4,— Summa M. 27,20

Celle, den 30. November 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Der Vorstand des Zweigvereins: A. Dudenbach, Eduard Raftl.

Wausperre (Fender), Schwiebus. Einnahme. Aus der Hauptkasse M. 145,—

Ausgabe. Für Streikunterstützung an Verbeirathete M. 188,33 Porto und Schreibmaterial 90,— sonstige Ausgaben 6,50 An die Hauptkasse zurückgelandt 2,27 Summa M. 145,—

Schwiebus, den 6. Dezember 1901. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: F. Fiebig, Vorsitzender des Zweigvereins.

Friedrichshagen (Wausperre). Einnahme. Von den drücklichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet M. 74,—

Ausgabe. Für Streikunterstützung M. 74,—

Friedrichshagen, den 7. Januar 1902. Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Wilhelm Waganz = Berlin II.

